

BMⁱⁿ Heinisch-Hosek: Gleichstellung am Arbeitsmarkt ist wichtigstes Projekt



Landesrätin Bettina Vollath und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek stellten gemeinsam den dritten Teil des steirischen Frauenberichtes vor.

Beim ersten Steiermark-Besuch von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek Ende Juni stellte Landesrätin Bettina Vollath gemeinsam mit der Ministerin den dritten Teil des steirischen Frauenberichtes zum Thema „Frauen und Bildung“ vor.

„In diesem Bericht wird sichtbar, dass Bildung bei weitem nicht nur in

der Schule stattfindet. Lernen beginnt mit der Geburt und wird durch Bildungseinrichtungen unterstützt und gefördert. Klar ersichtlich ist auch, dass unser Bildungssystem noch immer Geschlechterstereotypen fördert und überholtes Rollendenken tradiert“, sagt Landesrätin Bettina Vollath. Junge Frauen wählen nach wie vor Schulen mit traditionell weiblichen

Ausbildungen – wirtschaftliche, sozialberufliche oder kaufmännische. Junge Männer hingegen sind in diesen kaum vertreten, sie finden sich in technischen Ausbildungsberufen. Auch in der Kindergartenpädagogik und als Pflichtschullehrer sind Männer so gut wie nicht zu finden. „Diese Unterschiede zwischen Mädchen und Burschen, zwischen Frauen und Männern, die überall in unserem Bildungssystem erkennbar sind, wirken sich auf das gesamte weitere Leben und den Karriereverlauf aus“, sagt Vollath. Ministerin und Landesrätin betonten die Wichtigkeit von geschlechtersensibler Pädagogik, mit besonderem Augenmerk auf die Ausbildung der Kindergartenpädagoginnen und einem höheren Anteil an männlichen Rollenbildern in der frühen Pädagogik und Initiativen wie dem „Girls Day“ und dem „Boys Day“.

Einig waren sich die Politikerinnen auch bei der Forderung nach einer Frauenquote in Wirtschaft und Politik. Ministerin Heinisch-Hosek sagte bei ihrem Steiermark-Besuch dem Verein Frauenservice, der das Café Palaver betreibt, auch eine Förderung für das SexarbeiterInnen-Projekt zu, das vom Land Steiermark aus den Ressorts von LH-Stv. Kurt Flecker, LR Helmut Hirt und LRⁱⁿ Bettina Vollath gefördert wird.

Politik für Frauen trotz Krise

Frau Ministerin, wie kann sich Frauropolitik unter den aktuellen krisenhaften Bedingungen entwickeln?

Ich war unlängst in Brüssel und dort war eine Referentin vom Europäischen Gewerkschaftsbund, die sehr klar und deutlich gesagt hat, dass die nächste Welle an Arbeitslosigkeit auch Frauen treffen wird. Die Nachfrage in den Dienstleistungsberufen, wo viele Frauen tätig sind, wird sinken, weil die Menschen sich weniger leisten können. Das heißt, wir müssen ganz besonders darauf achten, dass Frauen gerade in der Krise jetzt nicht zurückgedrängt werden. Ich werde mich sehr dafür einsetzen, dass auch weiterhin die Hälfte aller Finanzmittel für Arbeitsmarktpolitik für Frauen zur Verfügung gestellt wird, wie es auch im Regierungsprogramm festgehalten ist, damit sich Frauen, wenn sie ihre Arbeit verlieren, umschulen und weiterqualifizieren lassen können.

Werden Vorhaben wie Gender-Budgeting weiterhin Schwerpunkte sein, wenn Konjunkturpakete geschnürt werden, die primär der Bauwirtschaft zugute kommen, wo traditionell weniger Frauen arbeiten?

Derzeit sind rund 46% aller arbeitslosen Menschen in Österreich Frauen, trotzdem können wir noch 50% der

Mittel für sie verwenden. Das soll so bleiben, das geht sich gut aus. Als einziges Land haben wir Gender-Budgeting in der Verfassung verankert. Unsere Budgetplanungen ab 2013 – und im Probedurchlauf auch schon bis zu diesem Zeitpunkt – müssen und werden sich daran orientieren.

Ihre aktuelle Priorität ist die Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt ...

Ich werde meine Regierungskolleginnen daran erinnern, was über mehrere Seiten im Regierungsprogramm steht, nämlich wie wir die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt erreichen können. Und da stehen sehr deutliche Maßnahmen drinnen: Wie kann man Gehälter transparent darstellen? Wie kann man mehr Frauen in Führungspositionen bringen? Wie kann man mehr Frauen in Vollarbeitszeit bringen? Dazu gehört auch die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf: In Wien gibt es die höchste Rate von Frauen, die Vollzeit arbeiten, weil dort das dichteste Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen existiert. Landesrätin Vollath ist da in der Steiermark auf dem besten Weg.

Mit Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek sprach Doris Wilfinger.

Neues Magazin „HUM“ des Grazer Menschenrechtsnetzwerkes

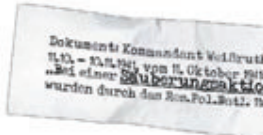
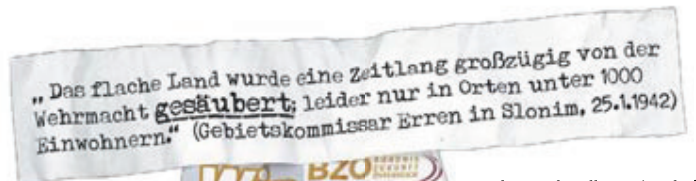
Mitte Juni hat das Grazer Menschenrechtsnetzwerk gemeinsam mit steirischen Jugendlichen das Magazin und die DVD „HUM – Menschenrechte als gelebte Alltagskultur“ präsentiert. Beide Medien eignen sich als Lehr-, Lern- und Arbeitsmaterialien für Menschenrechtsbildung und Antidiskriminierungsarbeit in Schulen, Jugendeinrichtungen und Gemeinden.

Rassismus, Gewalt und Rechtsextremismus öffentlich aufzuzeigen ist notwendig, jedoch nicht hinreichend, um die Idee der Menschenrechte zur Alltagskultur werden zu lassen. Das Magazin und die DVD „HUM“ liefern Lern- und Arbeitsmaterialien in multimedialer Form für das alltägliche Menschenrechtstraining“, sagt Christian Ehretreiber, der als geschäftsführender Obmann der ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus zusammen mit

Joachim Hainzl vom Verein XENOS für die Organisation und Koordination des Netzwerksprojekts verantwortlich zeichnet. Konkret enthalten sowohl das Magazin als auch die DVD Best-Practice der Menschenrechtsbildung in Form von Texten, Fotos und Videos. Inhaltlich sind Magazin und DVD in sechs Bereiche (Gleichstellung, Meinungsfreiheit, Freiheit der Person, Bildung, Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit und kulturelle Menschenrechte) gegliedert. Die verschiedenen Beiträge der ersten Ausgabe des Magazins, die in diese sechs Bereiche eingebettet sind, zeigen aktuelle Menschenrechtsverletzungen auf und bieten fundierte Informationen, die inhaltlich den Anspruch erheben, nicht an der Oberfläche zu verharren. So skizziert Peter Strasser, Universitätsprofessor am Institut für Rechtsphilosophie an der Karl-Franzens-Universität Graz, die vielseitigen Auswirkungen der Aufklärung auf Religion und legt verschiedene Argumente zur Begründung von Religionsfreiheit dar. Dabei steht für Strasser außer Zweifel, dass Moscheen, Synagogen oder christliche Kirchen gebaut werden dürfen: „Wer einer Religion, zumal einer staatlich anerkannten wie dem Islam, verbieten will, sich im Rahmen der universalistischen Moral unbehindert auszudrücken, der verhält sich selbst unmoralisch. Er negiert den Gedanken der Menschenrechte und damit die Basis unserer demokratischen Existenz.“ Einen weiteren spannenden Beitrag steuert Hans G. Zanger, Obmann der ARGE-Daten in Wien, bei. Er zeichnet jene gesellschaftliche Tendenz nach, die Freiheitsrechte unter dem Vorwand von Sicherheit und Terrorbekämpfung zunehmend zerstört und damit zu sozialer Kontrolle und Generalverdacht führt: „In Zukunft zählen nur mehr jene Subjekte, die als kreditwürdig genug bewertet werden, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.“

Jugendliche Federführung. Am gesamten Projektprozesses von „HUM“ waren steirische Jugendliche maßgeblich beteiligt; sie führten Straßeninterviews durch und arbeiteten zudem in vielen verschiedenen Bereichen federführend mit. Sieben Studierende (Projektgruppe 7dag) der Fachhochschule Joanneum Graz verpassten dem Magazin beispielsweise ein zeitgemäßes Outfit. Einen weiteren Beitrag zum Gelingen des Projekts steuerten mehrere österreichische Künstler, Medienvertreter und Sportler bei. In kurzen Statements, die dem Magazin zusätz-

lich zum inhaltlichen Input auch in puncto Layout eine grafische Bereicherung sind, führen Alfred Dorfer, Jakob M. Erwa, Roman Gregory, Alfons Haider, Roland Düringer, Karl Merkatz, Barbara Rett, Schiffkowitz, Rainer Schönfelder und Jörg Martin Willnauer ihre persönliche Sicht zum Themenbereich Menschenrechte respektive Menschenrechtsverletzungen aus. „Rassismus ist kein Symptom, ist nicht nur an der Oberfläche, seine Wurzeln liegen in der Angst vor dem Unbekannten, Anderen“, sagt Kabarettist Alfred Dorfer. Christian Ehretreiber sieht in „HUM“ einen „Muntermacher, der daran erinnert, dass starke und leistungsfähige Sozialstaaten die wichtigste Schutzfunktion vor der neuen Renaissance von Rassismus und Rechtsextremismus darstellen.“



Und zur aktuellen Wirtschaftskrise: „Wer Millionen Menschen in die Massenarbeitslosigkeit und Armut treibt, der sollte sich am Ende nicht darüber wundern, wenn es zu einem Remake der 1930er Jahre kommt.“ Zum Menschenrechtsnetzwerk Graz zählen neben der ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus und dem Verein Xenos noch das Lerncafé Gries/Lend der Caritas-Graz, das ETC Graz, das Friedensbüro Graz, die Gleichbehandlungsanwaltschaft, Helping Hands, ISOP, die Kinder- und Jugendanwaltschaft Steiermark, die Kulturvermittlung Steiermark und der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz. Gefördert wurde das Projekt „HUM – Menschenrechte als gelebte Arbeitskultur“ vom Kulturressort des Landes Steiermark und der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung. Das Magazin (Preis: 3,- Euro) und die DVD können bei der ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus bezogen werden: Romana.Felser@argejugend.at bzw. 0316/877-4058.

| Gregor I. Stuhlpfarrer



ARGE Geschäftsführer Christian Ehretreiber: „Rassismus, Gewalt und Rechtsextremismus öffentlich aufzuzeigen ist notwendig, jedoch nicht hinreichend, um die Idee der Menschenrechte zur Alltagskultur werden zu lassen.“

Das neue Magazin HUM möchte gerade in Zeiten, in denen Rassismus und Rechtsextremismus Hochkonjunktur haben, verdeutlichen, dass Wachsamkeit gegenüber jeglicher Diskriminierung stets geboten ist.